



SPD-Stadtratsfraktion
Landau in der Pfalz

100 | Staeltrat
Ba
un 6/3



An den Oberbürgermeister der Stadt Landau

Herrn Hans Dieter Schlimmer

im Rathaus

Landau, 06. 03. 2012

Stadtverwaltung Landau in der Pfalz

03. März 2012

Büro des Oberbürgermeisters

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Namen der SPD-Stadtratsfraktion stelle ich den Antrag, dass die für den Katastrophenschutz zuständigen Organisationen, **Feuerwehr, THW, DRK** und auch das Ordnungsamt und die **Polizei**, vor dem Stadtrat über geplante, erforderliche Maßnahmen bei schädlicher Strahlenbelastung referieren.

Begründung:

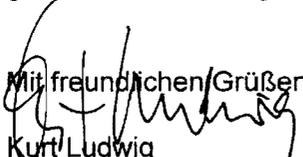
Der saarländische Landtag hat am 15. Februar einstimmig eine Resolution zur Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom gefordert. Die saarländischen Fraktionen verweisen dabei auf die seit Inbetriebnahme im Jahr 1986 mehr als 750 (!!!) meldepflichtigen Vorfälle. Die letzten Vorfälle liegen gerade etwa drei Wochen zurück.

Inzwischen trafen sich die zuständigen Politiker von Luxemburg, des Saarlandes und Rheinland-Pfalz, um über das Gefährdungspotenzial zu beraten.

Eine Landauer Resolution würde die dort zuständigen Stellen mit Sicherheit nicht unbedingt zum Handeln bringen.

Nach Ihrer in der letzten Stadtratssitzung gemachten Aussage gibt es in Landau keine Stelle, an der eine eventuelle Strahlenbelastung gemessen wird. Die damit beauftragten Instanzen in unserer Region verlassen sich offensichtlich auf die Störmeldungen der französischen Kraftwerksbetreiber. Was man davon halten kann, wissen wir zur Genüge.

Da Cattenom gerade 180 km westlich von uns liegt (Tschernobyl 2000 km östlich) und durch die vorherrschenden Westwinde eine etwaige Strahlung nur kurze Zeit bräuchte, um unsere Region zu erreichen, ist es mit Sicherheit im Interesse unserer Bevölkerung zu erfahren, was die zuständigen Stellen und für Katastrophen zuständigen Organisationen in Landau zu tun gedenken, falls ein größerer Unfall geschehen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Ludwig